

Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich außer Sonn- und Feiertagen.
Der Preis für die 24 zum breiten Colonat-Druckformat im Verlagspreis 12 20 (Schillingen) und 20 (Schillingen) beträgt 12 20, umwelts 25, für die 24 zum breiten Colonat-Druckformat 20, umwelts 100, für die 24 zum breiten Colonat-Druckformat 25, umwelts 65 (Schillingen).
Verlags-Redaktion: Leipzig Nr. 12204.
Verlags-Druckerei: Leipzig, Nr. 22.

Tageblatt • enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Kreisbauernschaft und des Bezirksverbandes Schwarzenberg, der Amtsgerichte in Aue (Schneeberg), Schwarzenberg und Johannsteden, der Stadträte in Grünhain, Schneeberg, Neustädtel und Schneeberg, der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Bekanntmachungen der Stadträte in Aue und Schwarzenberg.

Verlag G. M. Gärner, Aue, Sachsen.

Zentrale: Aue Nr. 21, Leipzig (West) Nr. 442, Schwarzenberg 16, Schwarzenberg 2316, Druckerei: Volkswirtschafts-Verlag Leipzig.

Wichtiges: Man muss für die am Samstag erscheinende Nummer des „Erzgebirgischen Volksfreunds“ 5 Tage im Voraus bestellen. Eine Bestellung für die nächsten vier Nummern am vorbestimmten Tage kann an beliebiger Stelle nicht gegeben werden. Die Verantwortlichkeit für den Inhalt der Artikel und die Verantwortung für die Verbreitung der Artikel überträgt der Verfasser auf den Verlag. Der Verlag ist nicht verantwortlich für die Verbreitung der Artikel überträgt der Verfasser auf den Verlag. Der Verlag ist nicht verantwortlich für die Verbreitung der Artikel überträgt der Verfasser auf den Verlag.

Nr. 206.

Donnerstag, den 1. September 1932.

85. Jahrg.

Amfliche Anzeigen.

Die Stadt Schwarzenberg beabsichtigt an Stelle der alten Mühlbrücke über die große Wittweide im Zuge des Wilbenauer Weges in Schwarzenberg-Wilbenau eine Eisenbetonplattenbrücke zu errichten (§§ 23, 33 des Wassergesetzes).

Die Unterlagen können hier eingesehen werden. Einwendungen können binnen zwei Wochen vom Erscheinen dieser Bekanntmachung an gerechnet hier angebracht werden. Wer sich innerhalb dieser Frist nicht meldet, verliert das Recht zum Widerspruch. Bürgerlich-rechtliche Ansprüche bleiben hiervon unberührt. A. Schw. 73/32

Die Amtshauptmannschaft Schwarzenberg, am 31. Aug. 1932.

Schneeberg. Im September 1932 werden fällig:

- Nr. 1.: Landwirtschaftskammerbeitrag 1932.
- 5.: Aufwertungs-(Mietzins-)Steuer für September 1932.

- 7.: Musikinstrumentensteuer für September 1932.
- 15.: Gewerbesteuerzahlung 2. Termin 1932.
- 30.: Biersteuer für September 1932 (äußerste Zahlungsfrist 10. 11. 32).

Zahlstelle: Stadtkassenscheib, Zimmer Nr. 2.
Kassenstunden: Täglich 48—41 Uhr.
Nach Fristablauf muß das Mahn- und Beitreibungsverfahren auf Kosten der Säumigen eingeleitet werden.
Schneeberg, den 1. September 1932.

Der Stadtrat — Steueramt.

Der Kaufm. Angestellte Herr Guldo Melzer ist infolge Wegzugs von Schwarzenberg aus dem Stadtratsdienst ausgeschieden. An seine Stelle ist Herr Kaufmannsgehilfe Max Männel, Schwarzenberg, Bahnhofstraße 29, neu eingetreten. Die Verpflichtung und Einweisung des Herrn Männel ist in der Stadtverordnetenversammlung am 26. August ds. Js. erfolgt.
Schwarzenberg, am 31. Aug. 1932. Der Rat der Stadt.

Des Reichswehrministers Entweder—oder

Die grundsätzlichen Forderungen Deutschlands in der Abrüstungsfrage.

Reichswehrminister v. Schleicher hat dem Berliner Vertreter des in Bologna erscheinenden Blattes „Resto del Carlino“ eine Unterredung gewährt. Auf die Frage, welches die grundsätzlichen Wünsche und Forderungen Deutschlands in der Abrüstungsfrage seien, erwiderte der Minister:

Deutschland wünsche nach wie vor die allgemeine, entschiedene und schnelle Abrüstung. In diesem Wunsche treffe sich Deutschland mit Italien,

dessen Staatsmänner wiederholt und überzeugend den gleichen Standpunkt vertreten hätten. Nach einer kritischen Würdigung des Ergebnisses des ersten Abschnittes der Abrüstungskonferenz im Sinne des bekannten deutschen Standpunktes erklärte der Minister, er müsse heute schon mit allem Nachdruck darauf hinweisen, daß die Schuld für ein etwaiges Scheitern der Abrüstungskonferenz auf jene Staaten zurückzufälle, die den Zweck der Konferenz nicht in der Herstellung gleicher nationaler Sicherheit aller Völker durch allgemeine Abrüstung sähen, sondern in der einseitigen Sicherung und Verewigung einer ungerechten Verteilung von Macht und Reich, die sich im letzten Jahrzehnt als Quelle allen Übels erwiesen habe. Je weiter aber die Erfüllung des deutschen Wunsches nach allgemeiner Abrüstung hinausgeschoben werde, umso energischer müsse Deutschland die Anerkennung des Grundsatzes der Gleichberechtigung fordern. Man könne ein 65 Millionen-Volk, das für den kulturellen Fortschritt der Welt unendlich viel geleistet habe, auf die Dauer nicht als Paria behandeln.

Was hätte Deutschland in einem Völkerbunde zu suchen, der es unter entwürdigendes Sonderrecht stellt?

Ein Staat, der seinen Bürgern nicht die Sicherheit gegen äußere Bedrohung gewährleisten könne, bilde in den internationalen Beziehungen einen Faktor der Unsicherheit.

Belagenswerte Erscheinungen im inneren Leben Deutschlands seien zum größten Teil die natürliche Folge der Fortdauer der Diskriminationen des Friedensbittlers.

Auf die Frage, was der Minister praktisch unter Gleichberechtigung in der Abrüstungsfrage verstehe, erwiderte General v. Schleicher u. a.: Deutschland beansprucht in Bezug auf die Wehrverfassung, die Organisation und Einteilung seiner Streitkräfte, die Ausstattung mit Waffen, die Landesbefestigung und die Waffenherstellung grundsätzlich die gleichen Rechte, die die anderen Staaten für sich in Anspruch nehmen. Wenn die anderen Mächte das deutsche Wehrsystem nicht nachahmen wollten, wie es im Sinne ihrer Abrüstungsverprechungen läge, dann müßten sie Deutschland den Umbau seiner Wehrmacht nach den Methoden subzilian, die sie selbst als unerlässlich für ihre nationale Sicherheit bezeichnen. Das deutsche Meer habe keine Luftwaffen, keine Kampfzweige, keine Artillerie, Flugzeugabwehrkanonen, die Marine keine U-Boote, Flugzeugträger, großen Kreuzer usw. Diese Waffen seien in Genf als Verteidigungsmittel erklärt worden, ohne sie könne also auch Deutschland seine nationale Sicherheit nicht erlangen. Auch in den Fragen der Landesbefestigung und der Waffenherstellung bestehe ein unhaltbarer Widerspruch.

Alle die Deutschland auferlegten Beschränkungen müßten entweder allgemeine Anwendung finden oder für Deutschland wegfallen.

Der Umfang eines Umbaus der Reichswehr hänge also vom Grade des Abrüstungswillens der hochgerüsteten Staaten ab, wobei selbstverständlich der schwierigen Finanzlage des Reiches Rechnung getragen werden müsse.

Auf die Frage, welche Folgen die deutsche Regierung aus einer Ablehnung ihrer Gleichberechtigungsforderungen ziehen wolle, entgegnete der Minister:

Sie wird sich dann nicht mehr an den Arbeiten der Abrüstungskonferenz beteiligen.

Was diese Nichtbeteiligung für die Existenz des Völkerbundes bedeute, liegt auf der Hand. Die deutsche Regierung wird darüber hinaus durch den Bruch der Abrüstungsverprechungen seitens ihrer Vertragspartner gezwungen sein, die nationale Sicherheit auf nationalem Wege herzustellen, wenn es auf dem internationalen nicht möglich war.

und sich in erster Linie um die deutschen Militärforderungen drehe. Man hält das gütliche Zusammentreffen der Jersey-Konferenz und des Schleicher'schen Artikels für keinen Zufall.

Am Mittwoch ist Herriot auf der Rückreise nach Paris wieder in Cherbourg eingetroffen. Er hat von dort aus zwei Telegramme an Sir Herbert Samuel und an den Gouverneur von Jersey geschickt. In ihnen brachte der Ministerpräsident seinen Dank für die warme Aufnahme zum Ausdruck, die er auf den anglonormannischen Inseln gefunden habe, und betonte, daß auf diesen Inseln seit Jahrhunderten durch Natur und Geschichte die englisch-französische Freundschaft verwirklicht sei. Herriot nahm dann an Bord einer Privatboot mit Freunden und Sir Austen Chamberlain das Abendessen ein.

Deutsche Rüstungsnote an Frankreich.

Die Reichswehr wird reorganisiert.

Schleicher droht mit dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund.

Endlich!

Der französische Ministerpräsident hatte bekanntlich eine „Erholungsreise“ nach den englischen Kanalküsten angetreten. Er konnte sich dabei merkwürdigerweise von einigen Kollegen, die man doch auf Urlaub gewöhnlich sonst wohl in den Ferien pflegt, nicht trennen. Auch hat er „harmlose“ Besprechungen mit englischen Ministern gehabt bzw. in Aussicht gehabt. Das alles hatte natürlich mit einer Festigung der Entente und einer gemeinsamen Rückenstärkung gegenüber den Aufrüstungsforderungen Deutschlands nicht das geringste zu tun! Umso beklagenswerter ist es, daß die bösen Deutschen, gerade als der joviale Monsieur Herriot sich bei bretonischen Wäldern beliebt machte und zusammen mit dem Witter Samuel aus London interessanter alte Kanonen ansah, mit ihrer Aufrüstungsnote in das Jogh hineingeworfen. Herriot mußte nun von dem geplanten Besuch weiterer Inseln absehen, und schleunigst nach Paris zurückkehren.

Dort herrscht eine Aufregung, wie sie wohl seit den letzten Julitagen 1914 nicht zu verzeichnen gewesen ist. Der Minister von Schleicher ist den Franzosen mit seinen Wehrwünschen schon längst auf die Nerven gefallen. Vor ein paar Tagen erst hat er einen aufsehenerregenden Artikel in einer deutschen Zeitschrift erscheinen lassen, und am letzten August schlugen gleich zwei Blitze auf einmal ein, nämlich die deutsche Note über die Wehrvergleichheit und die Unterredung des deutschen Generals mit einem ausgerechnet italienischen Journalisten über denselben Gegenstand.

Der Inhalt der durch den Außenminister von Neurath dem französischen Gesandten in Berlin überreichten Note oder Denkschrift (das klingt nicht so hart, deshalb wird dieser Ausdruck von gewissen Stellen vorgezogen) ist noch nicht bekannt, jedoch dürfte kein Zweifel darüber bestehen, daß das Schriftstück mindestens zwischen den Zeilen die gleichen Forderungen zum Ausdruck bringt wie die Schleicher'schen Veröffentlichungen, und die gleichen — Drohungen. Deutschland will, wenn die sog. Siegermächte nicht endlich ihr Abrüstungsversprechen einlösen, seine nationale Sicherheit auf nationalem Wege herstellen! Solche deutsche deutsche Worte sind die Pariser längst nicht mehr gewöhnt, deshalb ist es schließlich kein Wunder, daß sie sich über Gebühr aufregten. Und wenn es auch nicht gleich Krieg geben muß — es wäre schon eine fatale Geschichte, wenn Deutschland der Abrüstungskonferenz und gar dem Völkerbund den Rücken kehren würde.

In Deutschland wird man überall Genugtuung empfinden, daß nun endlich der Schritt getan worden ist, der schon längst eine dringende Notwendigkeit war und der überdies ein Lichtblick ist in dem Jammer unserer Innenpolitik.

Schleicher erkrankt.

Berlin, 31. Aug. Reichswehrminister v. Schleicher leidet an einer Erkrankung der Gallenblase. Er wird deshalb morgen eine kurze Erholungsreise antreten.

Der amfliche Schrift.

Paris, 31. Aug. Havas berichtet: Der französische Botschafter in Berlin hat dem französischen Außenminister die Denkschrift über die Reorganisation der Reichswehr überreicht, die ihm Reichswehrminister von Neurath gestern im Namen der Reichsregierung übergeben hat. Die Uebersicht dieses Dokumentes, so heißt es in der Havas-Meldung weiter, stelle die erste offizielle Demarche Deutschlands dar, eine Erweiterung des Status der Reichswehr zu erreichen.

Ein Mitglied der Kanzlei des Ministerpräsidenten hat sich nach Cherbourg begeben, um Herriot vor der Rückkehr nach Paris dieses Dokument zu unterbreiten.

Berlin bestätigt.

Berlin, 31. Aug. Bei den ausländischen Meldungen, in denen heute abend von einem deutschen Schritt zur Herbeiführung des Rüstungsausgleiches die Rede ist, scheint es sich um Indiskretionen zu handeln. Die Tatsache als solche dürfte richtig sein, dagegen läßt sich im Augenblick noch nichts Aufrechenbares über die Einzelheiten des Schrittes feststellen. Es ist aber wohl anzunehmen, daß von zuständiger deutscher Seite im Laufe des morgigen Tages dazu Stellung genommen wird.

Herriot bleibt „halbblütig“.

Paris, 1. Sept. Ein Sonderberichterstatter des „Eclair“, der Herriot auf seiner Reise begleitet hat, teilt folgende Äußerungen des französischen Ministerpräsidenten mit: Die deutsche Note wird Gegenstand einer eingehenden Prüfung des am Mittwoch zusammen tretenden Ministerrates sein. Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich hinzusetze, daß die deutsche Forderung Anlaß zu einem diplomatischen Meinungsaustausch geben wird. Abdann wird man sehen. Die öffentliche Meinung Frankreichs genau wie die Regierung, werden völlig kaltblütig bleiben, wie sie dies bereits während der Genfer und Lausanner Verhandlungen taten. Wir haben keinen Grund, von dieser Haltung abzugehen. Ich gedenke, meine letzten Ferientage friedlich zu verbringen.

Paris, 31. Aug. An zuständiger Stelle wird ergänzt erklärt, daß die deutsche Denkschrift nicht eine Note, sondern eine Zusammenfassung darstelle. Der französische Botschafter Francois Poncet habe am Dienstag mit dem Reichsaussenminister, Freiherrn v. Neurath, eine Besprechung über die Frage der Umbildung der Reichswehr gehabt. Im Anschluß an diese Unterredung habe Herr v. Neurath dem Botschafter die Denkschrift überreicht, die letzterer dem Quai d'Orsay gleichzeitig mit einem eigenen Bericht überreicht habe.

Die französisch-englische Freundschaft.

Auf der Insel Jersey hat Herriot gestern zu Ehren des englischen Innenministers Sir Herbert Samuel ein Frühstück gegeben. Der Minister für die Handelsmarine, Léon Meyer, hat verraten, daß an der Tafel wirklich von Politik gesprochen worden sei. Er fügte aber schnell hinzu: „Nur wie unter Kleinbürgern in den Ferien“ (!). Die Pariser Presse verhält aber bei ihrer Meinung, daß die Besprechungen trotz aller offiziellen Ablehnungen hochpolitisch der Natur seien